

Roland Baur
Adresse der EnBW Bekannt

Gegenanträge von Roland Baur

Antrag 1: Die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2025 wird abgelehnt.

Ein großer Teil der Energiebranche verliert zurzeit den Glauben, ihr Gasgeschäft in eine klimaneutrale Zukunft retten zu können, wie eine Umfrage der Beratungsfirma Horváth unter 91 Energieversorgungsunternehmen in Deutschland ergab. Stattdessen setzen diese Unternehmen auf den Ausbau der Energiegewinnung durch erneuerbare Energien, insbesondere durch Wind und Sonne, und auf den Einsatz von dazu passenden Speichern.

Im Unterschied dazu verstärkte der Vorstand der EnBW im Jahre 2025 seinen fossilen Kurs durch die Absicht, drei weitere fossile Gaskraftwerke in Baden-Württemberg zu bauen. Eine klare Fokussierung auf den Einsatz von Stromspeichern (Batterie, PowerToGas, Wasserspeicher, ...) ist nicht erkennbar, trotz der sich abzeichnenden Kostenvorteile und der klaren Vorteile für den Klimaschutz.

1. Eines dieser Gaskraftwerke, das RDK 9, soll im Rheinhafen Karlsruhe stromgeführt als Mittellastkraftwerk betrieben werden. Damit wird die durch die Stilllegung des Kohlekraftwerkes RDK 8 in Aussicht gestellte Reduzierung von Emissionen bei Kohlendioxid, Stickoxiden, Methan und Feinstaub im Rheinhafengebiet Karlsruhe insgesamt keinesfalls erreicht werden. Im Gegenteil, es wird mehr des klimaschädlichen Kohlendioxids abgegeben werden, wenn das RDK 9 mehr als 4000 Stunden im Jahr betrieben werden muss, um überhaupt finanziell rentabel betrieben werden zu können.

Der Vorstand weist für die drei in Baden-Württemberg geplanten Gaskraftwerke darauf hin, dass diese zu einem späteren Zeitpunkt auf Wasserstoff umgestellt werden sollen und sie dadurch über ihre gesamte Laufzeit betrachtet klimafreundlicher als traditionelle Gaskraftwerke seien. Dieser Hinweis wirkt nicht glaubwürdig: Tatsächlich werden die neuen Gaskraftwerke für lange Zeit zunächst mit LNG-Erdgas, vor allem aus den USA, betrieben werden.

Die Zumischung eines Anteils von bis zu 30% blauen Wasserstoffs ist technisch möglich, aber preislich in absehbarer Zeit nicht darstellbar. Ökologisch wünschenswert wäre eine zeitnahe Umstellung von RDK 9 auf grünen Wasserstoff. Grüner Wasserstoff wird aber in den nächsten Jahren nicht in den erforderlichen Mengen zum Betrieb von Kraftwerken zur Verfügung stehen, schon gar nicht zu wettbewerbsfähigen Preisen.

Am Standort Karlsruhe stehen zur Abdeckung des Stromspitzenbedarfs andere Alternativen zur Verfügung: Das Gaskraftwerk RDK 4s steht mit einer Leistung von 380 MW in der Reserve. Es kann bei Dunkelflauten jederzeit und schnell aus der Reserve genommen werden. Ebenso gibt es am Standort Karlsruhe das Kohlekraftwerk RDK 8, das im Jahr 2028 in die Reserve gestellt werden soll. Auch dieses Kraftwerk kann bei Stromengpässen für kürzere Zeitabschnitte an das Netz gebracht werden. Diese Möglichkeiten stellen sinnvolle Alternativen zur Überbrückung von Stromengpässen dar. Leider werden diese Alternativen vom Vorstand der EnBW abgelehnt.

Ein weiteres Argument kommt hinzu: Der Vorstand der EnBW macht die Umsetzung des geplanten Erdgaskraftwerkes RDK 9 von der Bezahlung von Fördermitteln des Bundes abhängig. Damit wird deutlich, dass diese Investition ohne öffentliche Fördermittel nicht rentabel ist.

2. Der Vorstand der EnBW hat kürzlich entschieden, sich aus den beiden größten Windenergie-Projekten in der Geschichte der EnBW, die vor der Küste von Großbritannien geplant sind, zurückzuziehen. Diese Entscheidung verdeutlicht die wirtschaftlichen Fehleinschätzungen des Vorstandes der EnBW: Der Vorstand müsste für eine nachhaltige, fossilfreie Zukunft des Unternehmens EnBW Sorge tragen.

Dieses strategische Versagen kostet die EnBW AG und ihre Aktionäre 1200 Millionen Euro. Damit stehen der EnBW weniger finanzielle Mittel zur Verfügung, um den Ausbau von alternativen Energien, insbesondere von Windkraftanlagen, Flusswärmepumpen, Geothermie-Projekten und Batteriespeichern voranzutreiben.

3. Der durch die Beteiligung der EnBW an der VNG vorgezeichnete Weg in den langjährigen Bezug von US-Fracking-Gas wurde - trotz schwerer Vorwürfe gegen das Vorgehen beim Ausbau der Fracking-Gas-Ressourcen in Louisiana – für 20 Jahre vertraglich festgeschrieben. Dadurch wird die früher existierende geopolitische Abhängigkeit der Energieversorgung von Russland durch eine neue Abhängigkeit von den USA ersetzt.

Antrag 2: Die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2025 wird abgelehnt.

Der Aufsichtsrat der EnBW entwickelte im Jahr 2025 wie auch in den Vorjahren keine nachhaltigen Energieleitlinien für die strategischen Planungen der EnBW. So ist er gezwungen, den Vorschlägen des Vorstandes der EnBW zuzustimmen, obwohl diese Vorschläge einen Wechsel der strategischen Ausrichtung des Unternehmens EnBW bedeuten und eine fossilfreie Zukunft des Unternehmens und eine finanzielle Absicherung der bisher getätigten Investitionen nicht gewährleisten. Vielmehr ist bei zukünftig weiter steigenden Gaspreisen mit einer weiterhin sinkenden Rentabilität von Investitionen der EnBW in fossile Energieerzeugungsanlagen zu rechnen.

Fazit:

- Der Vorstand der EnBW hat sich in der Vergangenheit als Motor des Fortschritts bei Investitionen in regenerative Energien bezeichnet.
- Von dieser strategischen Ausrichtung hat sich der Vorstand leider abgewandt.
- Leider hat der Aufsichtsrat diesem grundsätzlichen Strategiewechsel des Vorstandes zugestimmt.
- Diese strategischen Entscheidungen werden auf lange Sicht finanzielle Nachteile für das Unternehmen EnBW und seine Aktionäre zur Folge haben.